



Freitag, 17. Dezember 1976

Blatt 3004

- Kommunal: Floridsdorfer Brücke: Gutachten liegt bald vor
(rosa) Wiener Landtag und Gemeinderat (Budgetdebatte 1977)
- Lokal: Frostschutzmaßnahmen für Wasserleitungen
(orange) Keine Salzstreuung auf Gehsteigen
Gastfreundschaft soll groß geschrieben werden
Halbzeit im Christbaumverkauf
Fußgängerdurchgang Leopoldau eröffnet

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

L o k a l :

=====

frostschutzmassnahmen fuer wasserleitungen

1 wien, 17.12. (rk) die wiener wasserwerke weisen darauf hin, dass fuer die in wohnhaeusern freiliegenden wasserleitungen frostschutzmassnahmen noetig sind. frei verlegte wasserleitungsteile koennen mit stoffresten umhuellet und so gegen frostgefahr geschuetzt werden. wasserzaehler und hauswechsel koennen mit einer holzverkleidung isoliert werden. dieser holzkasten soll einen leicht abnehmbaren deckel haben und mit holzwohle oder saegespaenen gefuellt werden. die haustore und gangfenster sollten immer geschlossen werden. um bei lang anhaltenden tiefen temperaturen ein einfrieren der stockwasserleitungen zu vermeiden, empfiehlt es sich, jene leitungen, die der frosteinwirkung ausgesetzt sind, waehrend der nachtzeit im einverstaendnis mit den hausparteien abzusperren und zu entleeren. unter umstaenden kann man die wasserleitungen auch tagsueber nur zeitweise in betrieb nehmen. sie muessen aber nach dem absperren sofort entleert werden. die entleerung der leitung geht so vor sich, dass man wasserentnahmestellen im obersten stockwerk so lange offenhaltet, bis die leitung vollstaendig entleert ist.

keinesfalls darf man zur verhinderung von frostschaeden die wasserleitungen und klosetts rinnen lassen, weil dadurch grosse wassermengen ungenuetzt verloren gehen.

fuer jene wasserabnehmer, die ihre gartengrundstuecke nur in der warmen jahreszeit nutzen, besteht die moeglichkeit, den wasserzaehler ueber die wintermonate ausbauen zu lassen. die frostbeschae-digung des wasserzaehlers wird somit ueberhaupt verhindert. (Luc)

L o k a l :

=====

keine salzstreuung auf gehsteigen

2 wien, 17.12. (rk) auf gehsteigen und parkplaetzen ist das streuen von salz bei glatteis untersagt. eine verordnung des magistrats, die heuer am 1. jaenner in kraft trat, besagt, dass nurmehr 15 gramm salz pro quadratmeter auf oeffentlichen verkehrsflaechen, die fuer den fliessverkehr bestimmt sind, verwendet werden duerfen. diese einschraenkung der salzstreuung ist notwendig geworden, weil der hohe salzgehalt den bestand vieler baeume in wien gefaehrdete. ausserdem entstand durch die hohe salzkonzentration millionenschaden an kraftfahrzeugen, kleidungsstuecken und schuhen. auch haustiere, vor allem hunde, litten unter dem salz auf den gehsteigen, so dass sie vielfach sogar zum tierarzt gebracht werden mussten.

fuer die streuung von gehsteigen, stiegenaufgaengen, privatstrassen und in hoefen empfiehlt es sich, streuriesel zu nehmen, wie ihn auch die staedtischen streuwagen verwenden. (luc)

0924

L o k a l :

=====

gastfreundschaft soll gross geschrieben werden

3 wien, 17.12. (rk) wien werde alles daransetzen, um den im abgelaufenen fremdenverkehrsjahr erreichten erfolg im kommenden jahr zu wiederholen. bekanntlich hat der wiener fremdenverkehr mit einer zuwachsrate der naechtigungen um sieben prozent besser abgeschnitten als die anderen bundeslaender. in einem pressegespraech teilten die praesidentin des fremdenverkehrsverbandes vizebuergermeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r und der vizepraesident kommerzialrat otto s c h e i n e r mit, dass durch verschiedene massnahmen diese positive entwicklung gefoerdert werden solle. so liege bereits jetzt das musikalische sommerprogramm vor, und es wurde erreicht, dass die monatsuebersicht ueber veranstaltungen in wien noch frueher als bisher veroeffentlicht werde. weiter wurden drei neuerscheinungen praesentiert, die der fremdenverkehrsverband wien in erster linie fuer seine auslaendischen gaeste herausgegeben hat, die aber in einer beschraenkten zahl auch fuer oesterreichische interessenten erhaeltlich sind. unter dem gesamt-titel "wien heute und gestern" gibt es je einen band ueber architektur, stadtbild und umraum, ueber musik, oper, malerei, plastik, literatur und theater und einen band ueber kunsthandwerk, angewandte kunst und design.

fremdenverkehrs-direktor senatsrat dr. helmut k r e b s teilte mit, dass heuer erstmals ein verkaufskatalog des wiener fremdenverkehrs aufgelegt wurde. der ausserordentlich ansprechend gestaltete katalog enthaelt fuer wien-interessenten alle erforderlichen angaben. der verkaufskatalog wien erscheint in einer erstauflage von 500.000 exemplaren in den sprachen deutsch, englisch, franzoesisch, italienisch und spanisch.

dr. krebs kuendigte an, dass noch vor beginn der hauptsaison versucht werde, massnahmen zur hebung der gastfreundschaft der wiener den auslaendischen gaesten gegenueber zu treffen. die geplanten aktionen reichen von einer ueberpruefung der hinweisschilder zum auffinden verschiedener sehenswuerdigkeiten bis zu einem appell an die gastwirte, mit tischtuechern und servietten nicht so sparsam zu sein. es soll aber auch versucht werden, alle wiener fuer eine hilfsbereite und freundliche haltung gegenueber auslaendischen besuchern zu gewinnen. (ab)

Kommunal:

Wiener Landtag

=====

Wien, 17.12. (RK) Der Wiener Landtag trat am Freitag unter Vorsitz des Zweiten Landtagspräsidenten Otto Schweda (SPÖ) zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen vier Gesetzesänderungen: Stadtrat Peter Schieder (SPÖ) referierte über eine Änderung des Wasserversorgungsgesetzes 1960, nach der die Stadt Wien die Kosten für Reparaturen bei Abzweigleitungen übernehmen wird, eine Änderung der Wiener Landarbeitsordnung, die eine Gleichstellung der Landarbeiter mit Beschäftigten in anderen Wirtschaftsbereichen bringen wird und ein Wiener Elektrizitätswirtschaftsgesetz über eine Novelle zur Besoldungsordnung 1967, die in einem zweiten Schritt den öffentlich Bediensteten am 1. Jänner 1977 eine Erhöhung der Gehälter um 1,5 Prozent bringen wird, berichtete Stadtrat Kurt Heller (SPÖ).

LAbg. Jedletzberger (ÖVP) bekannte sich prinzipiell zur Gleichstellung der Beschäftigten in der Landwirtschaft. Die Situation der Landwirtschaft wird allerdings immer schwieriger. Witterungseinflüsse, verstärkte Importe und gesetzliche Belastungen, wie die Änderung der Bundesabgabenordnung, belasten vor allem den Familienbetrieb.

Abstimmung: Die vier Gesetzesänderungen wurden einstimmig angenommen.

Der Wiener Landtag gab dem Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen Wien statt, wegen eines anhängigen Verfahrens die Strafverfolgung des Bundesrates Dkfm. Dr. Karl Pisec zuzulassen.
(sei)

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Kommunal:Gemeinderat:Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke 1977
=====

Nach dem Landtag wurde die am Donnerstag unterbrochene Sitzung des Gemeinderates mit den Beratungen über den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke 1977 und über die Neuregelung des Gastarifes fortgesetzt.

Berichterstatter Stadtrat Nekula (SPÖ) stellte fest, daß der Wirtschaftsplan 1977 in einer Zeit weltwirtschaftlicher Unruhe erstellt werden mußte. Er sei daher mit verschiedenen Unsicherheitsfaktoren sowohl auf der Kosten- wie auf der Ertragsseite belastet.

Für Bedarfsplanungen seien Prognosezeiträume von mindestens zehn Jahren notwendig. Kurzfristige Konjunkturschwankungen können nicht als Maßstab für langfristige Investitionsnotwendigkeiten herangezogen werden. Nach wie vor müsse mit einer Verdoppelung des Strombedarfes in durchschnittlich zehn Jahren gerechnet werden. Überall in der Welt werde die wirtschaftliche Situation öffentlicher Nahverkehrsunternehmungen immer schwieriger, ihre öffentliche Notwendigkeit sei aber vollkommen unbestreitbar. Ein sinnvolles Nebeneinander von öffentlichem und Individualverkehr sei notwendig, wobei es unter Berücksichtigung der Beförderungsleistungen zu Bevorrangungen kommen müsse. Da der Straßenraum in historisch gewachsenen Städten ohne Zerstörung der Substanz nicht beliebig vergrößert werden könne, sei es notwendig, den Berufsverkehr auf öffentliche Verkehrsmittel umzulenken, um genügend Raum für den Wirtschafts- und Freizeitverkehr zur Verfügung stellen zu können.

Unter Berücksichtigung des hohen volkswirtschaftlichen Nutzens des öffentlichen Nahverkehrs erscheinen die Verluste der Verkehrsbetriebe in einem anderen Licht. Um diesen Nutzen bemessen zu können, sei der Gedanke der Sozialbilanz neben dem bisher üblichen kaufmännischen Rechnungswesen geboren worden. Als erster Schritt sollten wissenschaftliche Modelle für eine solche Bilanz erarbeitet werden.

Nekula betonte die Leistungsfähigkeit der Verkehrsbetriebe, die sie zum Beispiel nach dem Einsturz der Reichsbrücke und bei der Bewältigung des Allerheiligenverkehrs bewiesen haben. Eine wichtige Leistung für die Lebensqualität sei auch die sichere und ausreichende Versorgung mit Erdgas, das sich durch besondere Umweltfreundlichkeit auszeichnet. Durch die Versorgung mit sauberer Energie - Strom, Gas, Fernwärme - stellen die Stadtwerke einen bedeutenden Faktor für die Gesundheit unserer Stadt dar.

Durch die anhaltende Trockenheit sei die Stromproduktion im ganzen Land um 30 bis 50 Prozent zurückgegangen. Deshalb waren Importe nötig, die aufgrund der gesamteuropäischen Mangelsituation teuer sind und um 100 bis 150 Prozent über den Preisen des Vorjahres liegen. Dazu komme der Ausfall eines Donaukraftwerkes. Es zeige sich nun deutlich, daß der Ausbau der Erzeugungskapazitäten im Bereich der Wiener E-Werke der richtige Weg war und den einzigen Garanten für die sichere Energieversorgung Wiens darstelle.

1977 wird der Gesamtverlust der Stadtwerke 857 Millionen betragen und damit um mehr als 100 Millionen unter dem im Wirtschaftsplan 1976 angenommenen Wert liegen. Der Kostenexplosion in allen Bereichen stehen aus sozialen Gründen nur ungenügende Erlössteigerungen gegenüber.

Der Personalaufwand wird sich gegenüber 1975 von 2,6 Milliarden auf 3,1 Milliarden erhöhen, der Materialaufwand von 2,5 auf 3,3 Milliarden. Die Aufwandzinsen steigen von 724 Millionen auf über eine Milliarde.

Die ungünstige Erfolgslage ist in erster Linie auf die Verkehrsbetriebe zurückzuführen, die darunter leiden, daß sie ein extrem lohnintensives Unternehmen sind. Der Personalstand sank seit 1973 von 8.860 auf 8.411, der Aufwand stieg im gleichen Zeitraum von 1,225 Milliarden auf 1,807 Milliarden. Durch eine Reihe von Entlastungsaktionen wird diese Situation gemildert.

Nekula nannte die Pensionsentlastung, die Kapitalaufstockungen und den Förderungszuschuß aus der Bundes-Kfz-Steuer, so daß trotz der zu geringen Einnahmen wichtige Investitionen durchgeführt werden können.

Im Investitionsprogramm der Stadtwerke ist 1977 ein Betrag von 3,6 Milliarden vorgesehen. Die Sperrn - 16 Prozent - konnten gegenüber dem Vorjahr verringert werden. Schwergewichte der Investitionstätigkeit sind unter anderem die Schaffung eines 380-KV-Netzes, dessen Notwendigkeit sich aus dem steigenden Energiebedarf der Bevölkerung ergibt, der Bau des 370 MW-Blockkraftwerkes Simmering, die Erneuerung des Gasrohrnetzes, der Ausbau der Gasspeicherung und der Ersatz überalterter Wagen bei den Verkehrsbetrieben. Von besonderer Bedeutung ist auch der Bau der Straßenbahnlinie 64.

Die Städtische Bestattung führt jährlich 23.000 bis 24.000 Bestattungen durch und erzeugt jährlich 51.000 Särge. (ger)

Neuer Gaspreis

Nekula referierte anschließend den Antrag auf Erhöhung der Gaspreise um 6,1 Prozent ab 1. Jänner 1977. Die Wiener Gaswerke beziehen ihren Rohstoff von verschiedenen Lieferanten (Rußland, CSSR, Inland). Sowohl auf dem Rohenergiesektor als auf dem Investitionssektor gibt es Preissteigerungen. So sei zum Beispiel mit der Sowjetunion eine ratenweise Anhebung des Erdgaspreises vereinbart worden.

99 Prozent der Heizgasanträge konnten in den letzten Jahren bewilligt werden. Dadurch treten große Verbrauchsschwankungen auf, welche einen Ausbau der Speicheranlagen notwendig machen. Die Gaswerke brachten bei der Preisbehörde einen Preisantrag in der Höhe von 10,9 Prozent ein. Wegen im Zuge des Prüfungsverfahrens eingetretener Veränderungen - neues Kalkulationsschema, Prüfung des Inlandgaspreises - wurde nun von der Preisbehörde eine Erhöhung um 6,1 Prozent bewilligt. Aufgrund einer internationalen Konvention und eines Bundesgesetzes wird als Maßeinheit für Erdgas ab 1. Jänner 1977 die Kilowattstunde statt der bisher gebräuchlichen Megakalorie festgesetzt. Die Mehreinnahmen aus der Gaspreiserhöhung werden zirka 109 Millionen ausmachen und für die Aufhebung

von Sperrern - so der Sperrern auf dem Rohrnetzsektor - verwendet werden.

Nekula gab einen Zwischenbericht über den Stand der Verhandlungen über den neuen Strompreis. Am Donnerstag wurde ein Verhandlungsergebnis erzielt - das von den Körperschaften allerdings noch bestätigt werden muß -, das eine einheitliche Anhebung des Arbeitspreises um 4,3 Groschen und des Industriepreises um 4,7 Prozent ab 1. Jänner 1977 vorsieht. Diese Erhöhung würde den E-Werken einen Mehrertrag von zirka 150 bis 155 Millionen Schilling bringen. (ger)

Stadtwerke-Debatte

Das Ausmaß der im Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke gegebenen Informationen bezeichnete GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) als sehr bescheiden. Während sich der Erfolgsplan 1976 noch über vier Seiten erstreckte, betrage er für 1977 nur knappe eineinhalb Seiten. Auch diesmal könne keine Rede davon sein, daß die Bilanzen offen dargelegt wurden.

Warum werden der Öffentlichkeit die tatsächlichen Kennzahlen vorenthalten? Vermutlich deshalb, um eine exakte Beurteilung unmöglich zu machen. Wahrscheinlich werfen einzelne Teilunternehmen der Stadtwerke (die E-Werke etwa) durchaus Gewinne ab. Mit diesen Gewinnen subventioniere man die anderen, defizitären Unternehmen.

In Anbetracht dieser Teilgewinne wären Tariferhöhungen vielleicht nicht oder nicht in dem geforderten Ausmaß notwendig. Die vorletzte Gaspreiserhöhung liegt zwei Jahre zurück und habe mehr als 50 Prozent betragen, die letzte belief sich auf 7,7 Prozent - und nun stehe man vor einer neuerlichen Erhöhung. Die FPÖ lehne diesen Raubzug auf die Geldtaschen der Wiener ab.

Der Geldbedarf der Stadtwerke für 1977 belaufe sich auf 14,1 Milliarden, doch nur für 11,2 Milliarden sei eine Bedeckung vorhanden. Es fehlten somit 2,9 Milliarden, 589 Millionen Schilling müssen gesperrt werden, obwohl sie für Investitionen dringend notwendig wären.

Die Geldmittel, die den Stadtwerken 1977 von der Stadtverwaltung zufließen werden, bezifferte Bauer mit mehr als 1,5 Milliarden. Obwohl insgesamt fast vier Milliarden an Fremdkapital den Stadt-

werken zur Verfügung stehen werden, seien sie nicht imstande, aus ihrer "Loch-auf-Loch-zu-Politik" herauszukommen.

Die unheilvolle finanzielle Entwicklung der Stadtwerke werde auch durch die Anleihen und Darlehen illustriert: Während 1973 ein Betrag von einer Milliarde aufgenommen werden mußte, waren es ein Jahr später 1,2 Milliarden, 1975 wurden 1,5 Milliarden gebraucht, 1976 nahm man 1,9 Milliarden auf, und für 1977 sind 2,3 Milliarden vorgesehen. Die Zinsen, die für diese Anleihen und Darlehen bezahlt werden müssen, belaufen sich bereits auf mehr als eine Milliarde. Mit anderen Worten: Fünzig Prozent von dem, was aufgenommen wird, müsse für Zinsen weggezahlt werden.

In Anbetracht dieser defizitären Entwicklung werde die FPÖ den Wirtschaftsplan ablehnen. (we)

GR. Dkfm. Ammann (ÖVP) kritisierte die mangelnde Information der Mitglieder des Gemeinderatsausschusses: Wirtschaftsplan und beabsichtigte Tarifierhöhungen wurden der Presse viel früher mitgeteilt. An Hand der im Wirtschaftsplan enthaltenen Posten ist zu ersehen, daß die Stadt Wien ihre Stadtwerke weiterhin im Stich läßt. Es wird einen Verlust von 850 Millionen geben, ein Finanzierungsmanko von 2,9 Milliarden und Investitionssperren von 600 Millionen. Den Energie-Unternehmungen werden aber wieder 170 Millionen Gebrauchsabgaben abverlangt, das ist mehr als alle Investitionssperren bei den Gaswerken. Man kann die Sanierung des Gasrohrnetzes nicht als "Jahrhundertaufgabe" bezeichnen, deshalb verlangt die ÖVP zusätzliche 70 Millionen für diesen Zweck. Da die Fernwärmeversorgung immer größere Bedeutung erlangt, und damit E- und Gaswerke immer mehr beschäftigt sind, sollte eine Konzentration der Energie-Unternehmungen vorgenommen werden. Ammann brachte den Antrag ein, die Heizwerke in einen Teilbetrieb der Stadtwerke umzuwandeln.

Auf Grund von Informationen, daß die vordringliche Untersuchung der Floridsdorfer Brücke einen besorgniserregenden Zustand ergeben hat, legte der Redner den Antrag vor, umgehend Sofortmaßnahmen zu treffen, daß die Tragfähigkeit der Brücke garantiert werden kann. Über das Prüfungsergebnis und die Sicherheitsmaßnahmen ist dem Gemeinderat umgehend zu berichten.

Die Situation der Verkehrsbetriebe ist durch einen täglichen Verlust von 3,5 Millionen gekennzeichnet. Außer Sanierungsideen, wie "Rote Welle" für Autofahrer oder Zulassungsschein als Netzkarte, hörte man nichts. Eine angekündigte Volksbefragung fand nicht statt. Ein Generalverkehrsplan, wie die ÖVP schon vor 25 Jahren vorgeschlagen hat, könnte die Nahverkehrsprobleme lösen. Es ist zu befürchten, daß ein solcher Plan - zwar für 1978 angekündigt - nicht vor 1980 vorliegen wird. Die Verhandlungen im Verkehrsverbund sind ins Stocken geraten, und der U-Bahn-Zeitplan wird sicher überschritten werden. Es wird daher vorgeschlagen: Nach Ausbau der ersten U-Bahn-Phase neue Prioritäten zu setzen - nämlich die U 3 vor allen anderen U-Bahn-Linien zu bauen und gleichzeitig drei S-Bahnringe auf der Vorortelinie, der Verbindungsbahn und der Donauländebahn zu verwirklichen. Bei den Verkehrstarifen verlangte der Redner die Beseitigung einiger Ungerechtigkeiten, wie die Abschaffung des innerstädtischen Autobustarifs. Ungerecht ist auch die Vorenthaltung der Netzkarte zum bevorzugten Preis für Schüler, die nicht öffentliche Schulen besuchen. Er brachte einen diesbezüglichen Antrag ein.

Zur Gesamtsituation der Stadtwerke berichtete Ammann, daß Anleihetilgung, Anleihespesen und Zinsen bereits 2,065 Milliarden ausmachen, das heißt, daß mit der Anleihe von zwei Milliarden nicht einmal mehr die Schuldentrückzahlung gedeckt werden kann. Alle Vorschläge der ÖVP zur Verbesserung dieser Lage wurden aber abgelehnt. Die sozialistische Alternative besteht aber nur aus Tariferhöhungen, falschen Prioritäten und Verzögerung von Maßnahmen. Abschließend erklärte Ammann zur beantragten Gastariferhöhung: Seit 1975 hat die ÖVP den Gastariferhöhungen zugestimmt, weil diese immer mit den dringenden Investitionen zur Gasspeicherung begründet worden waren. Die vorgesehenen Beträge für die Gasspeicherung sind aber immer gesperrt und nie eingesetzt worden. Die Sozialisten unternehmen nun abermals den Versuch, über wirtschaftliche Schwierigkeiten hinwegzuturnen. Diesmal wird die ÖVP die Tarifierhebung daher ablehnen. (smo)

Die ÖVP bezeichnet sich immer als bessere Wirtschaftler, erklärte GR. Hirsch (SPÖ). Wie läßt sich dieser Glaube damit vereinbaren, daß sie auf der einen Seite eine Verstärkung der Sozialtarife, wie Schülerfreifahrten bei den innerstädtischen Linien verlangt, auf der anderen Seite über die wirtschaftliche Hoffnungslosigkeit der Stadtwerke klagt. Die ÖVP verlangt wohl zusätzliche Ausgaben, zusätzliche Einnahmen lehnt sie aber ab.

Die Wiener Stadtwerke reorganisieren und rationalisieren in vorbildlicher Weise. Während bei den E-Werken seit Kriegsende die Produktion vervielfacht wurde, blieb der Personalstand gleich hoch. Bei den Gaswerken konnte der Personalstand sogar um zwei Drittel verringert werden. Die Verkehrsbetriebe hatten Ende der Vierzigerjahre bei geringerer Leistung als heute rund 14.500 Beschäftigte, heute dagegen sind es nur 8.500. (sei)

GR. Blauensteiner (ÖVP) kritisierte die neuen Belastungen für die Wiener Wirtschaft. Durch die Kumulierung der Belastungen werde besonders die gewerbliche Wirtschaft getroffen, zumal die Kreditaktionen eingeschränkt werden. Blauensteiner kritisierte, daß bei der Gaspreiserhöhung der Gewerbetarif mit 6,4 Prozent stärker angehoben werde als der Haushaltstarif mit 6,1 Prozent.

Die Sanierung des Gasrohrnetzes hätte schon vor Jahren Vorrang haben müssen, mit den "Bauring-Millionen" hätte man das Gasrohrnetz längst sanieren können. (ger)

Die Stadtwerke seien bestrebt, durch Rationalisierungsmaßnahmen Personal einzusparen, führte GR. Deistler (SPÖ) aus. 1955 betrug der Personalstand 20.043 Beschäftigte, im Jahr 1969 war er auf 16.789 Personen gesunken. Für 1977 werden 14.699 Beschäftigte angenommen. Infolge der Gehalts- und Lohnerhöhungen sind die Lohnkosten jedoch gestiegen. Sie betragen 1955 677,6 Millionen, 1969 1,77 Milliarden und werden 1977 rund 2,7 Milliarden betragen.

Die Verkehrsbetriebe beschäftigten 1955 13.035 Personen, 1970 waren es 10.282 Mitarbeiter, im kommenden Jahr wird ihre Zahl auf 8.790 absinken.

Vom Personal der Stadtwerke sitzen nur 12,7 Prozent hinter Schreibtischen, also ein sehr geringer Prozentsatz. Bei den Verkehrsbetrieben hat die Errichtung der neuen Hauptwerkstätte in Simmering viel zur Rationalisierung beigetragen.

Das Investitionsprogramm der Verkehrsbetriebe zeigt steigende Tendenz. Während 1976 711,8 Millionen investiert wurden, werden es 1977 859 Millionen sein. Davon werden 315 Millionen zum

Ankauf neuer Straßenbahngarnituren, 100 Millionen zur Anschaffung neuer Autobusse gebraucht. Für den Neubau der Schnellstraßenbahnlinie 64 sind 120 Millionen vorgesehen.

Die Mindereinnahmen der Verkehrsbetriebe durch Sozialtarife bezifferte GR. Deistler für 1975 mit insgesamt 374,9 Millionen Schilling. Bei den einzelnen Fahrscheinkategorien wurden folgende Mindereinnahmen verzeichnet: Fahrkarten für Pflicht- und Mittelschüler 99,5 Millionen, Berufsschüler 1,5 Millionen, 7-Tage-Wochenkarte 21,1 Millionen, 6-Tage-Wochenkarte 29,3 und 5-Tage-Wochenkarte 145 Millionen.

Autobenützern werde bekanntlich eine Kfz-Pauschale gewährt. Benutzern öffentlicher Verkehrsmittel sollte - was zu überlegen wäre - ebenfalls ein Verkehrspauschale gewährt werden, das eventuell den Verkehrsbetrieben zugute kommen könnte. (we)

Hierauf gab Bautenstadtrat Hans Böck (SPÖ) eine Erklärung über den Zustand der Floridsdorfer Brücke ab (siehe eigene RK-Meldung).

Nochmals zu Wort meldete sich GR. Dkfm. Bauer (FPÖ), um sich gegen den Vorwurf eines Vorredners zu wenden, den Bediensteten der Straßenbahn einen scheinheiligen Dank abgestattet zu haben. Gegen den Nachweis des ÖVP-Sprechers Ammann, daß unter der ÖVP-Amtsführung der Stadtwerke alles besser gewesen ist, führte Bauer folgenden Vergleich an: Vom Rechnungsabschluß 1969 zum Wirtschaftsplan 1977 sind die Aufwendungen um 90,4 Prozent, die Erträge um 90,6 Prozent und die Verluste um 88 Prozent gestiegen. Es war also gar nicht besser.

GR. Ammann (ÖVP) replizierte, daß man Rechnungsabschluß und Wirtschaftsplan nicht vergleichen kann. Für den Rechnungsabschluß 1969 ist noch die ÖVP verantwortlich gewesen, für den Wirtschaftsplan desselben Jahres aber bereits die SPÖ. Vergleicht man die Wirtschaftspläne 1969, 1975 und 1977, so entwickelten sich die Verluste von 8 Prozent auf 17 Prozent bis 10 Prozent, die Investitionssperren von 13 Prozent, 38 Prozent auf 17 Prozent. Die Ausrede der Sozialisten auf das schlechte Erbe der ÖVP-Amtsführung ist daher nicht akzeptabel. (smo)

StR. Nekula (SPÖ) nahm in seinem Schlußwort zu einigen von seinen Vorrednern angeschnittenen Problemen Stellung. "Entführung" eines D-Wagens: Durch die seit einigen Tagen herrschenden winterlichen Straßenverhältnisse treten auch bei den Verkehrsbetrieben - vor allem durch Behinderungen durch den Individualverkehr - Verspätungen auf. So hatte die Linie D gestern 23 Minuten Verspätung. Um die Intervalle in einer Richtung zu verkürzen, wurde vom Expedit die Anweisung gegeben, eine - mit Fahrgästen besetzte - Garnitur umzuleiten. Dagegen protestierten die Fahrgäste, und die Straßenbahn setzte schließlich die Fahrt in ihrer ursprünglichen Richtung fort. Die Angelegenheit wird von den Verkehrsbetrieben untersucht, falls erforderlich, werden Veränderungen durchgeführt.

Tarifhoheit des Gemeinderates: Das Statut der Wiener Stadtwerke sieht vor, daß Tarifanträge bei der Preisbehörde einzubringen sind. Nach dem Bescheid der Preisbehörde obliegt dann dem Gemeinderat die Beschlußfassung.

Sondertarif auf innerstädtischen Autobuslinien: sind unattraktiv, aber als Regulierungsfaktor derzeit notwendig, da ein zusätzliches Fahrgastaufkommen auf diesen Linien nicht bewältigt werden könnte. Nach Betriebsaufnahme der U-Bahn bis zum Stephansplatz im Jahr 1979 wird die Frage des innerstädtischen Verkehrs und selbstverständlich auch des Sondertarifes neu überlegt werden. Auch seine Vorgängerin, Dr. Schaumayer, habe die Meinung vertreten, daß der innerstädtische Sondertarif notwendig sei. Verkehrsfragen dürften nicht ausschließlich vom Standpunkt eines Bezirkes gesehen werden.

Schülerkarten: Stadtrat Nekula wird darüber Gespräche mit dem Finanzminister führen. Schon jetzt gebe es für Eltern die Möglichkeit, Schülerfahrkosten im Wege des Jahresausgleiches refundiert zu erhalten.

Energieversorgung des Allgemeinen Krankenhauses und des Donaupark-Zentrums: Aussagen darüber in den "Grundlagen für ein Energiekonzept".

Floridsdorfer Brücke: Gasleitung in gutem Zustand.
S-Bahn: Bekenntnis zum Ausbau der S-Bahn, aber Kosten können nicht allein von Wien getragen werden. Wien habe das gleiche Recht wie andere Länder, durch die ÖBB eine Verkehrsbedienung zu erhalten. Seinerzeit habe Wien den Schnellbahnausbau gegen den Widerstand des damaligen ÖVP-Finanzministers durch Vorfinanzierung und Übernahme des Zinsendienstes durchgesetzt. Der von der ÖVP geforderte Ausbau der U 3 und der Schnellbahn würde rund 15 Milliarden erfordern.

Nekula kritisierte, daß Parlamentsabgeordnete der ÖVP aus den Bundesländern immer ihre Stimme erheben, wenn Wien aus Bundesmitteln etwas bekommen soll, während ihre Wiener Kollegen dazu schweigen.

Abstimmung: Die drei Anträge der ÖVP wurden dem Bürgermeister (Reichsbrücke) beziehungsweise dem Ausschuß für Verkehr und Energie (Heizbetriebe, Schülerkarten) zugewiesen.

Der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1977 und die Neufestsetzung des Gastarifes wurden mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (ger)

Schlußansprache des Bürgermeisters

Bürgermeister Leopold Gratz dankte in seinem Schlußwort den Gemeinderäten für ihren Einsatz im Namen der Wienerinnen und Wiener. Dieser Einsatz äußert sich in der Demokratie selbstverständlich auch in harten Auseinandersetzungen und in konträren Meinungen, ist aber immer von dem ernsthaften persönlichen Bemühen, das beste für unsere Mitbürger und unsere Stadt zu erreichen, getragen.

Gratz ging noch einmal auf den Einsturz der Reichsbrücke ein. So tragisch dieses Ereignis war, so beeindruckend war es, wie eine Welle der Einsatz- und Hilfsbereitschaft zu spüren war, die nicht nur alle beteiligten Dienststellen der Stadt und des Bundes, sondern einen großen Teil der Bevölkerung erfaßte. Diese Solidarität hielt die Folgen des Brückeneinsturzes so gering wie möglich. Daß es gelungen ist, die Autobrücke im Bereich der Reichsbrücke einen Monat früher fertigzustellen, als vorgesehen war, ist wohl der beste Beweis dafür, Gratz dankte allen beteiligten Dienststellen des Bundes und der Stadt Wien, den Österreichischen Bundesbahnen und den Wiener Verkehrsbetrieben, dem Bundesheer und der Polizei und nicht zuletzt den Beschäftigten und Mitarbeitern der beteiligten Firmen.

Darüber hinaus sprach Gratz allen Mitarbeitern des Magistrats, der Betriebe und der Unternehmungen der Stadt Wien für ihre Leistungen im Dienste der Wienerinnen und Wiener einen sehr herzlichen Dank aus.

Gratz trug dann noch einige persönliche Weihnachtswünsche vor und führte aus: "Ich wünsche mir, daß wir alle, die Entscheidungsträger, die Berater ebenso wie die Kritiker und Kommentatoren ohne Überheblichkeit und Selbstgerechtigkeit handeln und beim anderen, bei aller Meinungsdivergenz, den guten Willen voraussetzen. Ich wünsche mir, daß wir alle immer daran denken, daß unser Handeln, aber auch unser Reden und Schreiben den Menschen in Wien dienen soll und nicht dem eigenen Erfolg, dem eigenen Prestige oder gar der Eitelkeit.

Ich wünsche mir, daß die Generationen noch besser als bisher gemeinsam in unserer Stadt leben, die Jüngeren in Anerkennung der Leistung der älteren Generationen, die aus einem Trümmerhaufen diese

Stadt wiederaufgebaut haben, die Älteren in toleranter Anerkennung der Tatsache, daß jede Generation, daß auch die Jungen ihre eigene Welt bauen und nicht nur in die Fußstapfen ihrer Vorfahren treten wollen.

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen, allen Wienerinnen und Wienern, allen unseren Landsleuten in den anderen Bundesländern und im Ausland und besonders jenen, die als Teil der internationalen Friedenstruppe der Vereinten Nationen zur Sicherung des Friedens eingesetzt sind, ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches und glückliches neues Jahr." (sei)

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

L o k a l :

=====

halbzeit im christbaumverkauf

7 wien, 17.12. (rk) wie das wiener marktamt mitteilt, kann schon jetzt festgestellt werden, dass gegenueber dem vorjahr sowohl die zahl der christbaumverkaeufe als auch die hoehe der anlieferungen zurueckgegangen ist. dies scheint eine folge des schlechten geschaeftsganges im vorjaehrigen christbaumhandel zu sein, denn 1975 sind groessere mengen an christbaeumen unverkauft geblieben.

bei fichten kommt heuer nur inlaendische ware auf den markt, waehrend bei den tannen die daenischen importbaeume ueberwiegen. die preise liegen derzeit zwischen 5 und 15 prozent ueber dem niveau des vorjahres. die zu beginn der christbaumsaison hoeheren preise sind allerdings nichts ungewoehnliches. das kommende wochenende, das letzte vor weihnachten, wird erst das spiel zwischen anbot und nachfrage in bewegung bringen. bisher waren die kaeuferkreise eher zuwartend. dementsprechend gestaltet sich auch der christbaumverkauf bisher ruhig.

eine verlagerung des kaeufertrends auf tannen mittlerer groesse ist zu beobachten. einfache tannen von 1,50 bis 2 meter werden bevorzugt und kosten zwischen 100 und 450 schilling, doppel-tannen zwischen 150 und 550 schilling und daenische tannen zwischen 170 und 650 schilling. allgemein wird schoenere ware bevorzugt. auch blaufichten und foehren sind heuer begehrter als sonst.

die qualitaet der angebotenen christbaeume ist bisher gut bis sehr gut. (luc)

1130

k o m m u n a l :

=====

floridsdorfer bruecke: gutachten liegt bald vor

13 wien, 17.12. (rk) zu einer oevp-anfrage im wiener gemeinderat ueber den zustand der floridsdorfer bruecke nahm bautenstadtrat hans boeck noch in der gemeinderatssitzung am freitag stellung. wir alle wissen, dass der zustand der floridsdorfer bruecke nicht der guenstigste ist, erklarte boeck. bereits am 2. august 1976 wurde sie in die dringlichkeitsstufe 1 aufgenommen und seither wurden immer wieder ausbesserungen durchgefuehrt. prof. reifenstuhl von der technischen universitaet wien wurde beauftragt, ein gutachten zu erstellen. dieses gutachten ist noch in arbeit, wird aber bald vorliegen.

am 10. dezember fanden bei prof. reifenstuhl an der technischen universitaet wien gespraechе ueber den stand des gutachtens statt. im detail wurde beraten, was mit den loechern der probebohrung zu geschehen habe und ob ein mangelhafter pfeiler die sperrung der bruecke notwendig mache. darueber fiel bei dieser besprechung keine entscheidung. prof. reifenstuhl versprach, diese frage kurzfristig zu ueberpruefen. wenn er zu der meinung koemmt, dass die sicherheit nicht gewaehrleistet ist, werde er dies umgehend mitteilen. eine entsprechende mitteilung ist bis heute nicht erfolgt.

in allem, was wir tun, hat die sicherheit vorrang, erklarte boeck. so haben wir in dieser woche die erbsenbachbruecke in sievering gesperrt, obwohl dies mit grossen nachteilen fuer die dort wohnende bevoelkerung verbunden ist. am donnerstag dieser woche fand bereits eine anbotsverhandlung statt, und die firma, die den zuschlag bekam, wird ueber das wochenende und in der naechsten woche bereits die ersten sicherungsarbeiten und die erstellung eines einbahnigen provisoriums durchfuehren. das zeigt, dass die ma 29 rasch reagiert und sicherheit gewaehrleistet, erklarte boeck abschliessend. (sei)

L o k a l :

=====

fussgaengerdurchgang leopoldau eroeffnet

19 wien, 17.12. (rk) der fussgaengertunnel zum bahnhof leopoldau, der gleichzeitig zwei funktionen erfuehlt - einmal als zugang zum s-bahn-steig und zweitens als verbindung der wohngebiete grossfeldsiedlung und nordrandsiedlung - wurde heute von verkehrsminister erwin l a n c , planungsstadtrat univ.-prof. dr. rudolf w u r z e r und bezirksvorsteher otmar e m e r l i n g seiner bestimmung uebergeben. der durchgang wurde in zusammenarbeit mit der stadt wien und den oebb in der kurzen bauzeit von acht monaten fertiggestellt. (ba)
1445